

**Statement Generalvikar P. Geißler bei der Veranstaltung
„Anerkennen, Aufarbeiten, Zukunft gestalten“/Leid und Unrecht
am 13.03.2025 in Kiel**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Albig,
sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Schleswig-
Holsteinischen Landtags,
sehr geehrte Damen und Herren,
vor allen Dingen aber: Sehr geehrte Damen und Herren, die Sie
Betroffene sind von Gewalt, Leid und Unrecht,
besonders Ihre Anwesenheit und Ihr Interesse weiß ich sehr zu
schätzen. Denn ich kann mir vorstellen, dass es nicht leicht ist, sich in
diesem Rahmen erneut mit den Taten und auch den Täterorganisationen
auseinanderzusetzen. Insofern haben Sie meinen großen Respekt.
Danke, dass Sie da sind.

Wenn ich heute über die Verantwortung der katholischen Kirche in
Schleswig-Holstein sprechen soll, dann muss ich eigentlich zuerst über
institutionelle Verantwortungslosigkeit reden. Was geschehen ist und wie
die zuständigen Personen gehandelt haben, war nämlich aus heutiger
Sicht oft verantwortungslos. Damit meine ich nicht die Täter – was diese
getan haben, war und ist kriminell. Damit meine ich diejenigen, die
Verantwortung getragen haben, sei es für die Zustände in Häusern und
Einrichtungen, sei es für den Einsatz von Personal und für den Umgang
mit Anzeigen und Beschwerden.

Ich bin ein Nachfolger dieser Verantwortungsträger im Bereich der
katholischen Kirche und sehe: Verantwortung ist zum einen für die
Geschichte zu tragen, was war ist aufzuarbeiten und zu offen benennen;

und Verantwortung ist wahrzunehmen für die Zukunft: Prävention und Intervention müssen gefördert werden, um Haltungen, Sprachfähigkeit und das Bewusstsein für sexualisierte Gewalt zu schärfen, wo sie auch heute geschieht.

Als Generalvikar bin ich Stellvertreter des Erzbischofs und gleichzeitig Leiter der Kurie im Erzbistum Hamburg, also weitestgehend der Verwaltungschef. Ich bin seit drei Jahren in diesem Amt, also in dieser Verantwortung, und ich nehme die Beiträge der Betroffenen wahr und sehr ernst, ohne alle Anliegen gleichermaßen erfüllen zu können.

Ich habe von sexualisierter Gewalt betroffene Menschen, die sich im Laufe der Zeit bei mir gemeldet haben, oft gefragt, was ihr größter Wunsch sei. Die Antwort war fast immer gleich:

„Zuallererst will ich, dass diese Taten nie wieder passieren. Ich wünsche mir, dass kein Kind und kein Erwachsener jemals das durchmachen muss, was ich durchgemacht habe.“

Das wünsche ich mir auch und Sie können sicher sein, dass wir im Erzbistum Hamburg seit mehr als 14 Jahren jeden Tag dafür arbeiten, dass dieser Wunsch in Erfüllung geht, wenngleich der Weg dazu hart und mühsam ist.

Wieso seit 14 Jahren?

Sie erinnern sich an die Enthüllungen rund um die Fälle von sexuellem Missbrauch am Berliner Canisiuskolleg, einer katholischen Schule. Das war 2010. Diese Offenlegung hat in der katholischen Kirche und auch hier bei uns im Norden viel in Bewegung gebracht, wobei Bewegung eigentlich viel zu harmlos klingt. Es war eine Lawine.

Im Erzbistum Hamburg, zu dem neben Hamburg auch Schleswig-Holstein und Mecklenburg gehören, wurde bereits 2011 die Fachstelle Kinder- und Jugendschutz gegründet. Hier wurden die Voraussetzungen für kirchliche Prävention und Intervention erarbeitet.

Dazu gehören bis heute die Anforderung, dass jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin im Erzbistum Hamburg, egal ob ehrenamtlich aktiv oder hauptamtlich, egal ob Abteilungsleiter, Erzbischof oder Hausmeister, eine Präventionsschulung machen muss. Diese muss auch regelmäßig wiederholt werden. Somit konnten wir bereits mehr als 15.000 Menschen schulen und damit aufklären und sensibilisieren.

Jede Einrichtung im Bereich des Erzbistums Hamburg vom Kindergarten über unsere Kirchengemeinden bis hin zum Generalvikariat muss ein Schutzkonzept erarbeiten und dafür sorgen, dass es eingehalten wird. Somit wollen wir sicherstellen, dass alle Menschen, die sich in den Einrichtungen der katholischen Kirche bewegen, sicher fühlen können. Wir haben vier unabhängige Ansprechpersonen, die dafür da sind, dass sich Betroffene melden und im unabhängigen und geschützten Raum ihre Geschichte und ihr Anliegen vortragen und Schritte eingeleitet werden können.

Seit 2019 haben wir die zu schützende Personengruppe auch um erwachsene Schutzbefohlene erweitert.

Wir haben durch die Universität Ulm eine Studie erstellen lassen, die die Vorfälle in Mecklenburg untersucht hat, und es gibt im Moment die Überlegung, eine territorial anders gelagerte Studie folgen zu lassen.

Im Bereich der Intervention bearbeiten wir Meldungen zu allen Bereichen des sexuellen Machtmissbrauchs im Team, nach einem festgelegten Schema und nicht nur strafrechtlich relevante Taten.

Für Meldende bieten wir interne und externe Begleitung an zum Beispiel, wenn es um Fragen rund um das Verfahren zur Anerkennung des Leids geht. Dabei wurden bis Ende 2023 ca. 1,1 Millionen Euro ausgezahlt.

Bei all unseren Fragen in den Bereichen der Prävention, Intervention und Aufarbeitung ist die Expertise von Betroffenen eine unabdingbare Grundlage für unser Handeln. Seit März 2022 gibt es den Betroffenenrat Nord. Er ist ein unabhängiges Gremium, das in den vergangenen drei Jahren viele Fragestellungen bearbeitet hat.

Diese besondere Aufgabe zu übernehmen ist herausfordernd und gleichzeitig für uns so wichtig! Ich bin allen Mitgliedern sehr dankbar für ihr Engagement und stelle fest, dass auch drei Jahre des gemeinsamen Lernens hinter uns liegen, in denen der Betroffenenrat sehr konstruktiv und eindrücklich immer wieder die Betroffenenperspektive stark gemacht und ihr damit Raum in unserer Kirche gegeben hat. Dieses Lernfeld ist für uns eine bleibende Herausforderung.

Aktuell wird die neue Amtsperiode des Betroffenenrates vorbereitet, und ich will gerne auch das Forum hier nutzen, um für die Mitarbeit zu werben, wenngleich ich weiß, dass dieses Engagement nicht einfach ist. Aber nur gemeinsam mit Ihnen können wir den anfangs erwähnten Wunsch nach einem „nie wieder“ erfüllen.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.